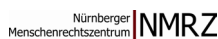


Deutsche Energiesicherheit auf
Kosten von Mensch, Umwelt und
Klima in den Abbauregionen?



Steinkohleeinfuhren aus Kolumbien nach Deutschland haben seit Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine sprunghaft zugenommen: Bereits Ende Juni 2022 hatte Deutschland mehr kolumbianische Kohle als im gesamten Jahr 2021 importiert – über zwei Millionen Tonnen.¹ Die Kosten sind enorm: Flüsse trocknen aus, Menschen erkranken durch Kohlestaub, Gemeinden werden zwangsumgesiedelt, Menschenrechtsverteidiger*innen bedroht. Deutsche Energieunternehmen tragen mit dem Ankauf der Kohle zu Menschen- und Umweltrechtsverletzungen bei, schädigen das Klima und zementieren neokoloniale Ausbeutungsverhältnisse.

Bergbau ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige Kolumbiens. Der Sektor generiert rund 30 Prozent aller Exporterlöse.² Steinkohleabbau spielt dabei eine wesentliche Rolle: Mit über 57 Millionen Tonnen war **Kolumbien 2021 weltweit sechstgrößter Kohleexporteur.**³ Die bedeutendsten Fördergebiete sind die Departments Cesar und La Guajira im Norden des Landes. Die dort gewonnene Steinkohle wird vor allem nach Europa verschifft.

Deutschland gilt als einer der größten Kohleimporteure Europas und deckt 8,5 Prozent seines Energiebedarfs mit Steinkohle.⁴ Besonders die großen Energieunternehmen EnBW, RWE, STEAG und Uniper verbrennen neben Importen aus den USA, Russland und Australien auch Steinkohle aus Kolumbien. Wohlstand und Entwicklung hat der Bergbau den Kohlegebieten kaum gebracht, obwohl die Unternehmen dies seit fast 40 Jahren versprechen: **La Guajira und Cesar gehören zu den ärmsten Regionen Kolumbiens. 67 bzw. 56 Prozent der Bevölkerung leben hier in Armut** – vor allem afrokolumbianische und indigene Gemeinden.⁵

Gemeinden in den Kohlerevieren prangern seit Jahren Einschüchterungen, Todesdrohungen durch paramilitärische Gruppen und exzessive Gewalt bei Zwangsumsiedlungen durch Polizei, Militär und private Sicherheitsdienste an. Seit Unterzeichnung

des Friedensabkommens zwischen der Regierung Kolumbiens und der Guerilla-Gruppe FARC im November 2016 wurden in Cesar und La Guajira **über 42 Menschenrechtsverteidiger*innen ermordet.**⁶

Die Kohleunternehmen kommen ihren Sorgfaltspflichten nur mangelhaft nach. Vereinbarungen mit Gemeinden werden missachtet, Gerichtsverfahren verzögert. Dutzendfach haben Gerichte in Kolumbien Menschen- und Umweltrechtsverletzungen durch die Kohleförderung bestätigt und Betroffenen Wiedergutmachung zugesprochen, aber Unternehmen und Behörden haben die Urteile bis heute kaum umgesetzt.⁷

Cesar

In Cesar bauen aktuell *Drummond* (USA) und *Colombian Natural Resources* (CNR, Kolumbien) Steinkohle ab. Der dritte Produzent *Glencore-Prodeco* (Schweiz) beschloss 2021 die Schürflizenzen für seine Minen *La Jagua* und *Calenturitas* zurückzugeben.

Mehrere Kohlekonzerne haben eng mit paramilitärischen Gruppen kooperiert.⁸

Im Gegenzug schützten Paramilitärs die Minen und terrorisierten Gewerkschaftsmitglieder, die sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzten, und Gemeinden, die für ihre Rechte kämpften. Ende 2020 klagte die Generalstaatsanwaltschaft Kolumbiens den aktuellen und einen früheren Geschäftsführer von *Drummond Kolumbien* an, weil sie mutmaßlich die paramilitärische *Frente Juan Andrés Álvarez* mitfinanziert haben. Die Gruppe wird für über 3.000 Morde, 59.000 Vertreibungen und hunderte Fälle von Verschwindenlassen zwischen 1999 und 2006 verantwortlich gemacht.

Zudem **verstoßen die Unternehmen seit Jahren gegen internationale Standards**, die für Räumungen bei Wirtschaftsprojekten gelten. 2010



Sprecher einer Wayúu-Gemeinde, die den Fluss Bruno verteidigt.
© María Carolina Matiz - Colectivo de Abogados José Alvear Restrepo

wies das Umweltministerium Kolumbiens Glencore-Prodeco, Drummond und CNR an, die Gemeinden Plan Bonito, Boquerón und El Hatillo wegen der Luftverschmutzung durch Kohlestaub umzusiedeln. Bis heute haben die Konzerne die Umsiedlung verschleppt. Mit Glencore-Prodecos Rückzug bleibt nicht nur die Zukunft der Gemeinden ungewiss, ungeklärt ist ebenfalls, **wer die Ewigkeitskosten trägt**, die der Bergbaukonzern über Jahrzehnte für Mensch und Umwelt verursacht hat.

La Guajira

In der Guajira betreibt *Glencore* (Schweiz) den mit einer Fläche von über 69.000 Hektar größten Kohletagebau Lateinamerikas, *El Cerrejón*. Hunderte Gemeinden von Wayúu-Indigenen, Afrokolumbianer*innen und Kleinbäuer*innen sind von der Mine betroffen, über 300.000 Menschen. Wegen der immensen Schäden für Umwelt und Gesundheit **forderten 2020 elf UN-Menschenrechtsexpert*innen einen Teilstopp Cerrejóns**.⁹

Die humanitäre, menschenrechtliche und ökologische Krise in der Tagebauregion hat viele Facetten: Nur fünf von 35 für die Mine **zwangsgeräumte Gemeinden** hat Cerrejón umgesiedelt und entschädigt.¹⁰ Kohlefeinstaub verschmutzt die Luft, darin enthaltene Giftstoffe verursachen in den Gemeinden um die Mine schwere **Gesundheitsschäden** – Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Fehl- und Frühgeburten sind die Folge. Die **Kindersterblichkeit** in der Guajira liegt vier Mal höher als im Landesdurchschnitt: Zwischen 2015 und 2021 starben Behörden

zufolge mindestens 436 Kleinkinder an **Unterernährung**.¹¹ Der **Trinkwassermangel** in der wasserarmen Region ist lebensbedrohlich: Während der Bevölkerung im Durchschnitt 0,7 Liter Wasser pro Kopf am Tag zur Verfügung stehen, setzt Cerrejón für den Minenbetrieb 142 Liter Wasser pro Sekunde ein.¹² Erst 2016 begann das Unternehmen rund 400 von der Mine betroffene indigene Gemeinden zu ihren Anliegen zu konsultieren, obwohl das **Konsultationsrecht ethnischer Gruppen** bereits seit 1991 gesetzlich vorgeschrieben ist. Betroffene berichten zudem von **geschlechtsspezifischer Gewalt** gegen Frauen und Mädchen durch Minenpersonal, **Arbeits- und Perspektivlosigkeit** und dem **Verlust kulturellen und spirituellen Erbes**.

Dazu kommen **gravierende Umweltschäden**: Bedrohte Ökosysteme wie der Tropische Trockenwald werden vernichtet. Der Grundwasserspiegel sinkt durch den Bergbau mit fatalen Folgen für das hydrologische System der Region. 17 Flüsse wurden durch Cerrejón zerstört, 30 weitere geschädigt, etwa durch Einleiten giftiger Chemikalien und Schwermetalle.¹³

Beispielhaft für die Umweltzerstörung steht der **Fluss Bruno**: Im April 2022 genehmigten Behörden mit einem methodisch mangelhaften Gutachten¹⁴, dass Cerrejón im Flussbett des Gewässers Steinkohle abbauen darf. Die Minenerweiterung hatte das kolumbianische Verfassungsgericht seit 2017 ausgesetzt. Glencore als Eigentümerin Cerrejóns reichte deshalb 2021 **Schadenersatzklage gegen Kolumbien vor einem Investitionsschiedsgericht der Weltbank ein**.

1. Statistisches Bundesamt (2022): *Einfuhr von Kohle*. Code 43511.

2. Banco de la República (2022): *Comercio exterior de bienes. Exportaciones por principales productos*.

3. Verein der Kohleimporteure (2022): *Jahresbericht 2022. Fakten und Trends 2021/22*.

4. Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (2022): *Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2021*.

5. DANE (2022): *Pobreza monetaria y pobreza monetaria extrema 2021*.

6. Berichte von Indepaz von 2022 und 2021.

7. Cajar und Misereor (2019): *Menschenrechtsverletzungen durch den Kohleabbau in El Cerrejón. Bericht über kolumbianische Gerichtsverfahren*.

8. Pax (2014): *The dark side of coal. Paramilitary violence in the mining region of Cesar, Colombia*.

9. UNHCHR (2020): *UN expert calls for halt to mining at controversial Colombia site*.

10. Cajar (2019): *Diez verdades sobre Carbones de Cerrejón*; Carbones de Cerrejón (2022): *Reasentamientos*.

11. Berichte von Human Rights Watch von 2020, 2021 und 2022.

12. Kampagne „Paremos la mina“ (2017).

13. CINEP (2020): *Minería a gran escala y derechos humanos. Lo que el des-arroyo trajo a La Guajira*. Revista Noche y Niebla. Nr. 61.

14. Contraloría General de la República (2022): *Contraloría notifica a la Corte Constitucional incumplimiento de dos órdenes sobre protección ambiental del arroyo Bruno, en La Guajira*.

Wir empfehlen der Bundesregierung und den Mitgliedern des Bundestags:

sich für ein robustes EU-Lieferkettengesetz einzusetzen, das die Lücken im deutschen Lieferkettengesetz (LkSG) korrigiert. Dessen Geltungsbereich muss auf die gesamte Wertschöpfungskette ausgeweitet, eine zivilrechtliche Haftungsregelung sowie umwelt- und klimabezogene Sorgfaltspflichten eigenständig verankert werden;

Behörden wie das BAFA finanziell und personell so auszustatten, dass sie das Einhalten der Sorgfaltspflichten nach dem LkSG durch deutsche Energieunternehmen wirksam kontrollieren und Verstöße sanktionieren können;

die Nutzung fossiler Energieträger baldmöglichst zu beenden, etwa durch einen Kohleausstieg deutlich vor 2035, einen Subventionsstopp für Fossile und den Verzicht auf politische Unterstützung für Kohleimporte;

Kolumbien bei Klimaschutz und Strukturwandel in den Kohlerevieren zu unterstützen. Dafür sollte der Stopp neuer Minenöffnungen und -erweiterungen gefordert und eine Umschuldung der Staatsschulden sowie eine Beteiligung Deutschlands an Entschädigungen für die Ewigkeitskosten der Kohleförderung geprüft werden;

sicherzustellen, dass Energieunternehmen die sowohl in Kolumbien als auch in Deutschland rechtsverbindliche ILO-Konvention 169 über den Schutz indigener Gruppen vollumfänglich einhalten.

